

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

25.1.1930 (No. 22)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatssanzengei:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Zeitungspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM, einsemestrl. 16,25 RM. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Direktorium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interzent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Reparationsfreiheit für Oesterreich

Oesterreich darf diesmal, wie der „Bayr. Staatsztg.“ aus Wien berichtet wird, zufrieden sein. Bleiben die Haager Konferenzen für das Deutsche Reich mit der „freiwilligen“ Übernahme der noch immer unerträglichen Last der Youngzahlungen verknüpft, so haben sie dem kleinen Oesterreich die volle Freiheit von allen Reparationen gebracht, die gänzliche Liquidierung aller finanziellen Lasten und Forderungen. Das Problem, das für den Bundeskanzler Schober und den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen zu bewältigen galt, war der hartnäckige Widerstand der kleinen Entente, besser gesagt, der Tschechoslowakei und Rumaniens. Bundeskanzler Schober hat immer von neuem wiederholt, daß Oesterreich auch nicht einen einzigen Schilling zu zahlen in der Lage sei. Unerfüllt wurden die österreichischen Delegierten in ihrem Kampfe während der ganzen Dauer der Haager Beratungen, und vor allem an ihren kritischen Punkten, insbesondere durch England. Auch Italien, das wieder mit allen Kräften seinem ungarischen Alliierten Hilfe leistete, arbeitete diesmal Oesterreich nicht entgegen. Das Ergebnis ist, wie gesagt, der völlige Verzicht auf Reparationszahlungen von Oesterreich, die Streidung aller Forderungen von der einen Seite wie der anderen. Oesterreich gibt sein Recht auf die Vergütung für die abgetretenen Staatsgüter auf, es wird auf die Frage der Steuerrückstände aus den Gebieten der neuen Staaten nicht zurückkommen. Nun wird Bundeskanzler Schober so rasch wie möglich die Verhandlungen wegen der Aufnahme der 100-Millionen-Dollar-Anleihe beginnen. In dem halben Monat, den der Bundeskanzler in Holland verbracht hat, ist die Zahl der Arbeitslosen wieder um fast ein halbes Hunderttausend gestiegen, und alles in allem sind es bereits 350 000 Menschen, die zwangsweise feiern und auf die Arbeitslosenfürsorge gesetzt sind. Dieser Weltrekorde der Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Beweis dafür, daß Oesterreich Auslandskapital aufs dringendste braucht, sondern darüber hinaus auch ein Beweis dafür, daß es nicht genügt, den Reparationsparagrafen von Saint Germain zu revidieren, sondern daß auch der Antianschlußparagraf fallen muß, diese seelische und wirtschaftliche Stagnulation des deutsch-österreichischen Stammes.

Um die große Koalition in Preußen

Aus der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages wird der „Germania“ u. a. geschrieben: Am Freitag hat die Fraktion sich mit der erneuten Inangriffnahme der Wiederherstellung der großen Koalition in Preußen eingehend befaßt. Sie hat den Gedanken auf das lebhafteste begrüßt und den einmütigen Wunsch ausgesprochen, daß die Erweiterung der preussischen Regierungsbasis mit größter Beschleunigung durch den Ministerpräsidenten herbeigeführt werden möge. Das Zentrumsblatt bemerkt im Anschluß an diese Zuschrift: Wir sind der Meinung, daß die unverbindlichen Besprechungen die seit einigen Tagen im Gange sind, die Sachlage genügend geklärt haben und keine neuen Gesichtspunkte mehr einbringen werden. Es scheint uns deshalb geboten zu sein, daß der preussische Ministerpräsident als die maßgebende Persönlichkeit die weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung in seine Hand nimmt und mit möglichster Beschleunigung zum Abschluß bringt. Über die Haltung der Demokraten berichtet das „Berl. Tageblatt“: Die preussische Landtagsfraktion ist am Freitag zunächst nur in eine allgemeine Erörterung der Lage eingetreten und hat ihre Sitzung mit dem Beschluß beendet, die Beratung am Montag fortzusetzen. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Fraktion keinerlei bindende Entscheidung getroffen hat und auch keine zu treffen gedenkt, solange nicht näher festgestellt worden ist, ob eine Erweiterung der Weimarer Koalition in Preußen zur Zeit überhaupt durchzuführen ist, und — wenn sich das als möglich herausstellen sollte — unter welchen exakten Bedingungen die große Koalition geschaffen werden soll.

2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger

Etwa wie im Vorjahr
Die Arbeitslosigkeit stieg nach dem Bericht der Reichsanstalt in der Woche vom 13. bis 18. Januar 1930 in allen Landesarbeitsamtsbezirken weiter an, doch war der Anteil der einzelnen Bezirke ungewöhnlich verschieden. So nahm in Brandenburg die Arbeitslosigkeit noch unauffällig zu (um mehr als 20 000 Arbeitssuchende), während in Niederachsen und Nordmark die Verschlechterung fast zum Stillstand kam. Noch größere Spannungen bestanden zwischen den Arbeitsamtsbezirken; in einzelnen überwiegen schon die Abgänge an Arbeitslosen; andere erwarten, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit bald überwunden wird, wenn nicht ein Witterungswechsel einen neuen Rückschlag bringt; hingegen leiden andere unter dem Druck einer dauernd wachsenden Verschlechterung des Marktes. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, bekanntlich nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit, dürfte nach den Formelungen der Landesarbeitsämter am 15. Januar dicht an 2 Millionen liegen. Damit entspricht die Zahl dem Stande des Vorjahres. Außer Sachsen haben noch Schlesien, Brandenburg und Hessen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger des Vorjahres — trotz der milden Witterung — beträchtlich überschritten.

14 Jahre Freiheitsstrafe für Pater.

Der englische Finanzmann Pater, dessen riesige Unternehmungen vor einiger Zeit unter aufsehenerregenden Umständen zusammenbrachen und dem zum Vorwurf gemacht wurde, zwei Millionen Pfund sich betrügerischerweise angeeignet zu haben, wurde in London zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von 3, 5 und 7 Jahren.

Letzte Nachrichten

Einigung beim Zündwarenmonopol

Die Kontingente der Konsumvereine
W.D. Berlin, 25. Jan. (Tel.). Die Regierungsparteien hielten heute früh noch vor Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses eine interfraktionelle Besprechung ab, in der sie sich auf einen Kompromißantrag zum Zündwarenmonopol einigten.

Danach bleibt das monopolistische Kontingent der Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe (23 000 Normalstift für die Hamburger, 3700 Normalstift für die Kölner Organisation) bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungsfähigen, die die Regierungsvorlage alljährlich für die Kontingente vorgesehen hat. Der Steigerungsfähig vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 230 Normalstift, für die Kölner Organisation von 56 auf 37 Normalstift.

Die in der Vorlage vorgesehenen Kleinverkaufshöchstpreise werden durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen schlechthin, also zu Festpreisen, gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen. Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden. Der Festpreis soll 30 Pf. pro Paket betragen. Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgesehenen Ermächtigung zum Erlaß von Ausführungsvorschriften die Zugbestimmung aufgenommen wird: „Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungsvorschriften und Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Auslieferung der Zündwaren; Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen bestraft werden.“

Wieder Entente Cordiale?

Berichte auf der Seemächtekongferenz
W.D. Paris, 25. Jan. (Tel.). Der Londoner Berichterstatter des nationalen Blattes „L'Ordre“ will von einem englischen Minister die Äußerung gehört haben, daß Englands maritime Lage in Beziehung zu Frankreich viel wichtiger sei als in Beziehung zu Amerika, da Frankreich und England zusammen Europa vollkommen beherrschen. Diese Äußerung findet ihren Niederschlag in dem von einer erst zu nehmenden Persönlichkeit verbreiteten Gerücht, falls eine englisch-amerikanische Einigung nicht zu Stande kommen sollte, werde die künftige englische Regierung das französisch-englische Flottenkompromiß von 1928 wieder ausgraben und zu der alten Formel von der Entente cordiale zurückkehren, evtl. unter Einziehung Italiens.

Die Berliner Mainruhen vor Gericht

W.D. Berlin, 25. Jan. (Tel.). Um die Berliner Mainruhen dreht sich ein Verleumdungsprozeß des Berliner Polizeipräsidenten Jürgel gegen die „Rote Fahne“, der heute hier begann. Angeklagt ist der verantwortliche Redakteur Wilhelm Fiel. Der Artikel trug die Überschrift „Jürgel, der Massenmörder auf der Anklagebank“, und bemühte sich in Ausführungen, die von ähnlichen Beschimpfungen strotzten, dem Polizeipräsidenten die Schuld an den blutigen Vorgängen im Mai in die Schuhe zu schieben.

Friedensschluß zwischen Landbund und Heimatklub

W.D. Magensfurt, 25. Jan. (Tel.). Nach dem „Kärntner Tagblatt“ ist zwischen den Gruppen des Heimatklubs und Landbundes nach längerer Verhandlung eine Einigung erfolgt, wonach Minister Schumy wieder Mitglied des Heimatklubs wird und die Gründung der Bauernwehren in Kärnten unterbleibt.

Die Liquidierung des russisch-chinesischen Konflikts

W.D. Moskau, 25. Jan. (Tel.). Der sowjetrussische Generalkonsul in Chabin, Melnikoff, ist auf seinen Posten zurückgekehrt. Alle Sowjethandelsdelegationen in der Mandchurei haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Ein ausgegebenes Riesendampferprojekt

W.D. London, 25. Jan. (Tel.). „Daily Mail“ zufolge wird in Belfast offiziell erklärt, daß die Arbeiten an dem im Bau befindlichen 60 000-Tonnen-Dampfer „Oceanic“ eingestellt worden sind. Es verlautet, daß der Bau nicht wieder aufgenommen werden solle. Der bereits fertig montiert auf der Helling liegende Kiel des Schiffes soll wieder auseinandergenommen worden sein. Das Schiff, das das größte der Welt geworden wäre, war für die White Star Line bestimmt.

„Monte Cervantes“ verloren

Das deutsche Motorschiff „Monte Cervantes“ ist auf der Unglücksstelle in der Magalhãesstraße nach Steuerbord gesenkt. Es war kaum genügend Zeit, daß sich die noch an Bord befindlichen Offiziere retten konnten. Kapitän Dreher, der beim Untergang des Schiffes auf der Kommandobrücke stand, wird vermißt. Wie Associated Press berichtet, hatte die ruhige und wirkungsvolle Führung Drehers während der Katastrophe allgemeine Bewunderung gefunden. Er wird in keiner Weise für die Katastrophe verantwortlich gehalten. Ein ähnlicher Unfall im Beagle-Kanal traf 1912 bereits den Dampfer „Sarmiento“, der gleichfalls unterging.

*Zur politischen Lage

Die Londoner Flottenkonferenz gibt der Welt das Schauspiel, das von allen zuständigen Beurteilern erwartet worden ist; die machtpolitischen Ansprüche der einzelnen großen Seemächte prallen ungehindert aufeinander, und die schönen Phrasen der einzelnen Staatsmänner können das machtpolitische Streben nur sehr schlecht verhüllen.

Damit die recht unerquicklichen Verhandlungen eine Diskussionsbasis bekommen, hat der Generalsekretär der Konferenz den verschiedenen Delegationen gestern ein Memorandum übergeben, in welchem sie aufgefordert werden, bis Montag ganz bestimmte Fragen eingehend zu beantworten. Der betreffende Fragebogen bezieht sich auf das gesamte Programm der Konferenz. Darunter befindet sich namentlich die Frage nach dem Verhältnis der jedem der fünf Staaten zuzureichenden Tonnage, der Höhe der Gesamttonnage und der Verteilung auf die einzelnen Schiffskategorien. Nach der letzten Meldung ist besonders die französische Delegation auffällig, und man befürchtet von ihr, daß sie die Konferenz zum Scheitern bringt.

Inzwischen ist die deutsche Delegation aus dem Haag nach Berlin zurückgekehrt, und das Reichskabinett hat ihr Verhalten gebilligt. Die durch den „Neuen Plan“ notwendig gewordenen Gesetze werden nunmehr formuliert und dem Reichstag zugeleitet werden. An ihrer Annahme ist wohl nicht zu zweifeln. Für die Außenpolitik der Reichsregierung ist eine mehr als ausreichende Mehrheit im Reichsparlament vorhanden.

Anders liegen die Dinge in bezug auf die innere Politik. Hier ist es vor allem unsere öffentliche Finanzwirtschaft, die, weil sie zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt, zu raschen Maßnahmen drängt; über deren Zweckmäßigkeit gehen aber die Meinungen noch recht auseinander. Der Reichsfinanzminister, Dr. Mosdenhauer, hat sich bisher seiner Aufgabe mit großem Eifer angenommen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Finanzlage des Reiches, wenn auch im Augenblick keine unmittelbaren Schwierigkeiten bestehen, doch noch um mehrere Striche enger ist, als man es bei Hülferdings Scheiden aus seinem Amt geglaubt hat.

Das Programm, nach welchem die Reichsfinanzreform verwirklicht werden soll, liegt ja durch Reichstagsbeschluß in seinen Grundzügen fest. Doch ist es durch die bekannten Abmachungen mit dem Reichsbankpräsidenten zu Ende des vorigen Jahres (Schaffung eines Tilgungsfonds usw.), in einer Weise ergänzt worden, welche die unbedingt notwendigen Steuererleichterungen einseitigen hinauschieben könnte. Ferner weiß man, daß die Sozialdemokratie überhaupt wenig Freude an diesem Reichsfinanzprogramm hat. Schließlich ist eine Korrektur des Programms vom Standpunkte der Länder und Gemeinden insofern eine Unerläßlichkeit, als nun endlich die Länder eine größere finanzielle Selbständigkeit, das heißt praktisch das Recht auf eigene Steuern erhalten müssen. Wie es heißt, wird in der nächsten Zeit eine Konferenz der Finanzminister in Berlin stattfinden.

Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß die Stimmung in Berlin innerpolitisch eigentlich heute schon krisenhaften Charakter trägt. Man weiß nicht recht, wie eine wirklich zum Ziele führende Finanzreform mit allen ihren, zum Teil sehr einschneidenden Bestimmungen mit der augenblicklichen Regierungskoalition durchgebracht werden soll. Man hat in den letzten Tagen davon gesprochen, daß diese Reichsfinanzreform ohne ein Ermächtigungsgesetz (etwa nach dem Muster vom Herbst 1923) überhaupt nicht erledigt werden kann. Aber man rechnet damit, daß die Sozialdemokraten einem solchen Gesetz ihre Zustimmung verjagen werden. Kompliziert wird die Situation auch noch durch den Kampf, den die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie gegen den Reichsbankpräsidenten Schaadt eröffnet hat.

Es wäre möglich, daß sich die Gegenjäger noch überbrücken lassen. Eine solche Hoffnung will nicht ganz unberechtigt erscheinen, wenn man von der Wahrscheinlichkeit einer Errichtung der Großen Koalition in Preußen liest. Mit der Deutschen Volkspartei in Preußen sind eigentlich schon alle diesbezüglichen Abmachungen getroffen. Es handelt sich nur noch darum, daß die Demokraten den Verzicht auf Ministerposten hinnehmen. Nach den letzten Nachrichten ist dies offenbar nicht der Fall. Man steht also in Preußen vor neuen Schwierigkeiten in der Koalitionsfrage.

Wie die Dinge aber auch laufen mögen, ist doch das eine klar, daß man bei der ganzen Finanzreform ohne sehr tiefgreifende Maßnahmen nicht vorwärts kommen können. Wenn man das, was uns zwangsläufig bevorsteht, schlagwortartig charakterisieren wollte, müßte man sagen, daß die Umwandlung des unproduktiven Beamtenstaats in den produktiven Wirtschaftsstaat vollzogen werden muß. Darüber, daß diese Umwandlung kommen wird, besteht gar kein Zweifel. Gut ist es, wenn recht bald planmäßig begonnen wird. Jeder Tag bedeutet neue wirtschaftliche Verluste. Und selbstverständlich wird heute schon der größte Teil unseres Volkes die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung eingesehen haben, da die Fortsetzung der bisherigen Methoden ganz einfach volkswirtschaftlicher Selbstmord ist. Die Arbeitslosenziffer steigt weiter an, und die Steuererträge gehen weiter zurück. Das ist das Kennzeichen der Lage. Und aus ihm gilt es, die Lehren zu ziehen!

Badischer Teil

Ministerialrat Arnspurger 60 Jahre alt

Am Montag, 27. d. M., begeht Ministerialrat Arnspurger seinen 60. Geburtstag. Er ist am 27. Januar 1870 in Pforzheim als Sohn des Karlsruher Großh. Obermedizinalrats Dr. Leopold Arnspurger geboren und bestand 1894 nach Abolvierung seiner Studien die juristische Staatsprüfung. Im Jahre 1897 trat er als Referendar in den Staatsdienst ein, wurde 1902 Amtmann in Bruchsal, im 1906 als Amtmann nach Karlsruhe und wurde 1907 Oberamtmann. Drei Jahre später, 1910, erhielt er die Berufung zum Oberamtmann in Staufen, woselbst er 9 Jahre verblieb. Man schätzte ihn dort allgemein als feinsten Verwaltungsbeamten und rühmte seinen leutseligen Charakter und seine Gewandtheit im Verkehr mit der Bevölkerung. Als er im Jahre 1919 nach Schwetzingen versetzt wurde, hat man seinen Weggang allgemein bedauert und in mehreren Eingaben an das Ministerium des Innern um sein Verbleiben in Staufen erjucht.

Hatte sich doch der Oberregierungsrat Arnspurger auch während des Krieges in hohem Maße bemüht, die bestehenden großen Ernährungsbeschwerden und sonstigen Kriegsbeschwerden zu überwinden. Er erhielt deswegen 1916 die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse und 1918 das Preussische Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Im Jahre 1921 berief man ihn an das Ministerium des Innern, wo er zunächst in der damals sehr wichtigen Ernährungsabteilung tätig war. 1922 wurde er Ministerialrat; später übernahm er das gesamte staatliche Badewesen und die badischen Heil- und Pflanzanstalten. Seine persönliche Geschäftlichkeit im Verhandlungswege mit berufenen Körperschaften und Organisationen verhalf dazu, daß einerseits jederzeit die Interessen des Staates gewahrt wurden, andererseits aber auch Wünschen und Anträgen aus den Kreisen der Beteiligten, soweit dies möglich war, Rechnung getragen werden konnte. Daß Ministerialrat Arnspurger seine wertvollen Dienste dem badischen Staate noch lange widmen möge, ist allgemeiner Wunsch zu seinem 60. Geburtstag.

Veranlagung zur Gewerbesteuer 1929

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Durch die Presse wird die Notiz verbreitet, die Handelskammer Karlsruhe habe das Finanzministerium ersucht, seine Anordnung wegen Veranlagung zur Gewerbesteuer 1929 zurückzunehmen und wie bei der Reichsvermögenssteuer auf die Veranlagung zu verzichten. Das Finanzministerium hat diesem Ersuchen nicht entsprochen, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

1. Verlangt das Gesetz die jährliche Veranlagung.
2. Die Veranlagung liegt im Interesse der Steuergläubiger. Was für das Reich gilt, ist nicht ohne weiteres übertragbar auf Land und Gemeinden. Für manche Gemeinden werden die Steuerzugänge die Abgänge überwiegen und eine Senkung der Umlage ermöglichen oder eine Umlageerhöhung vermeiden.
3. Den Steuerpflichtigen verursacht die Veranlagung keine besondere Mühe. Bei den buchführenden Gewerbetreibenden liegen die Unterlagen für die Steuererklärung (Bilanzen 1928) längst vor; bei den nicht buchführenden Gewerbetreibenden ist die Änderung der Veranlagung einfach. Wer 1929 nicht mindestens 2000 M Betriebsvermögen mehr hat als 1928, braucht eine Steuererklärung nicht abzugeben; die Zahl dieser Fälle wird nicht gering sein.
4. Auch die Steuerpflichtigen, die gegen bisher eine Steuerminderung beanspruchen können, müssen der Gerechtigkeit und dem Gesetz entsprechend die Möglichkeit zu einer geordneten Änderung ihrer Steueranlage haben, was ohne Veranlagung nicht möglich ist.

Gebäudeversicherungsumlage

Am 21. Januar d. J. trat der erweiterte Verwaltungsrat der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt zu seiner regelmäßigen Jahresitzung zusammen. Der im Jahre 1929 voraussichtlich angefallene Gesamtschaden beträgt, wie der Sitzungsbericht mitteilt, 8 960 667 M, der Gesamtaufwand der Gebäudeversicherungsanstalt stellt sich auf rund 11 034 000 M. Hierin sind u. a. enthalten die Kosten der allgemeinen Nachprüfung, die 4 Proz. Versicherungssteuer, die die Anstalt an Stelle der Versicherten trägt, die Zpro. gemeinnützige Abgabe an den badischen Staat für Feuerlöscheinrichtungen und Wasser-

servierungsanlagen, die Umlagenmehrmehrung für die Kirchen staatlich anerkannter Religionsgemeinschaften und eigene Aufwendungen der Anstalt für Förderung des Feuerlöschwesens.

Die eigenen Einnahmen aus Zinsen usw. belaufen sich auf rund 1 505 000 M.

Um den verbleibenden Aufwand mit 9 529 000 M zu decken, hat der ständige Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt eine Umlage von 14 Pf auf 100 M Versicherungssumme nach Vorkriegswert errechnet, die vom erweiterten Verwaltungsrat beschlossen wurde. Es sind allerdings etwas über 100 000 M aus den Reserven zuzuschließen. Die Umlage für das Geschäftsjahr 1929 hat also dieselbe Höhe wie diejenige für 1928 und 1927. Das Ministerium hat diese Festsetzung nicht beanstandet. Auf eine Hafsumme von rund 10,4 Milliarden Reichsmark bezogen, stellt sich die Umlage auf 9,1 Pf je 100 M.

Der in weitem Umfang der Bevölkerung des Landes zugänglich gemachte gedruckte Geschäftsbericht (dessen Einleitung wir schon veröffentlicht haben) für 1929 gibt interessierten Kreisen weiter gewünschten Aufschluß.

Badischer Landtag

16. Sitzung.

Di. Karlsruhe, 24. Jan.

Der Sitzungsbeginn verzögert sich infolge der Anwesenheitsberatungen. Eingegangen ist ein Gesuch des Bad. Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen betr. Förderung des Wohnungsbaues.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Geschäftsausschusses über die Mitteilungen des Justizministers betr. Ermächtigung zur Strafverfolgung des Abg. Wagner (Katjog.) und des verantwortlichen Schriftleiters des nationalsozialistischen „Führer“, Dr. Otto Wacker, wegen

Beleidigung des Landtages

erstattet vom Vorsitzenden, Abg. Dr. Leers (Dem.). Im ersten Falle handelt es sich um ein vom Abg. Wagner als Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe der NSDAP. unterzeichnetes Flugblatt, im zweiten um einen Artikel des „Führer“. Beidemal dreht es sich um eine abfällige, beleidigende Kritik der Haltung des Landtages zur Frage der Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner im Anschluß an die Vorverurteilung im „Domstädter Hof“.

Der Ausschuss empfiehlt, dem Ersuchen des Justizministers stattzugeben, ebenso auch die Immunität des sozialdemokratischen Abg. Kurz aufzuheben, der wegen einer Privatklage gegen diesen Antrag selbst gestellt hat.

Abg. Bod (Kom.) bekämpft den Standpunkt des Ausschusses. Es bliebe zur Strafverfolgung noch Zeit genug nach der Vertagung des Landtages.

Abg. Köhler (Katjog.) führt aus, alle Anträge auf Aufhebung der Immunität bewegten sich auf der Linie, die Opposition, und vor allem die Nationalsozialisten zu bekämpfen.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) lehnt die neuerdings befolgte Praxis ab. Solange die Frage der Immunität nicht grundsätzlich durch Gesetz geregelt sei, irre man in parteipolitischen Leben herum.

Abg. Schmidt-Vretten (Wirtsch. u. Vpt.) vertritt die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Es lägen keine Ausnahmefälle vor, die die Aufhebung der Immunität rechtfertigten.

Abg. Roth (Katjog.) unterstreicht den Standpunkt seiner Partei und wird dabei zweimal zur Ordnung gerufen.

Darauf wird mit großer Mehrheit die Immunität der Abgg. Wagner und Kurz aufgehoben (bei Wagner enthalten sich Demokraten und Volkspartei der Abstimmung). Auch wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Schriftleiters Dr. Wacker erteilt.

Das Haus fährt dann in Anwesenheit des Staatspräsidenten mit der

Voranschlagsberatung

fort. Abg. Heid (Soz.) erstattet Bericht über den Voranschlag des Staatsministeriums.

Der Haushaltsausschuss beantragt, der Landtag wolle 1. den Voranschlag des Staatsministeriums in den Einnahmen und Ausgaben mit der Maßgabe genehmigen, daß in Kapitel 1 Titel 2, Tagelöhner der Staatsräte, der Betrag von 8000 auf 2000 M, somit die Gesamtausgaben um 1000 M, d. i. auf 348 370 M gekürzt werden; 2. die Anträge: a) der Abg. Kraft u. Gen., Befragung der Ministerien, b) Köhler u. Gen., Aufhebung der Gefandtschaft in Berlin, ablehnen. In der

Aussprache

Begründet Abg. Frau Langendorf (Kom.) einen Antrag ihrer Partei auf Streichung der Aufwendungsgelder, der Institution der Staatsräte und der Berliner Vertretung.

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) wendet sich gegen die Heranziehung der persönlichen Verhältnisse der Abgeordneten, wie es durch die Vorrednerin geschah. Das Staatsministerium könne mit dem geforderten Aufwand nicht als verschwendisch bezeichnet werden. Die Berliner Vertretung Wackers sei aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit. Was jede Organisation und jeder Industrieverband für sich beanspruche, dürfe man dem Staate nicht verweigern.

Abg. Bauer (D. Vpt.) glaubt, daß bei Freiwerden die Stelle des Ministerialrats im Staatsministerium mit einem Oberregierungsrat besetzt werden sollte. Mit der Absicht des Staatspräsidenten, die repräsentativen Ausgaben auf das äußerste Maß zu beschränken, sind wir durchaus einverstanden. Die Gefandtschaften der Länder können wir nicht mehr als ein staatspolitisches Erfordernis betrachten. Anders verhält es sich mit der wirtschaftlichen Vertretung. Es ist zu begrüßen, daß die Regierung die Gefandtschaft wenigstens formal gestrichen hat. Der Redner beantragt schließlich die Streichung von 4826 Reichsmark Ausgaben für die Logen im Landesparlament.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) lehnt den Etat des Staatsministeriums ab. Die Regierung und damit auch der Staatspräsident besäßen nicht das Vertrauen seiner Partei. Dazu käme der persönliche Konflikt in der Frage des Volksbegehrens. Die Ablehnung gründe sich dreifach auf allgemein politische Erwägungen, die mit der Reform des Staates zusammenhängen. Die Vertretung in Berlin müsse abgeändert werden und auch dabei ließen sich zweifellos Ersparnisse erzielen.

Abg. Köhler (Kat. Soz.) findet die Berliner Gefandtschaft viel zu teuer. Er beantragt die Aufhebung. Dem volksparteilichen Antrag auf Kürzung der Logengelder werde man zustimmen.

Abg. Egler (Str.) weist darauf hin, daß der Staatspräsident gewisse repräsentative Aufgaben habe. Was dafür ausbezahlt werde, sei nicht übertrieben. Der Redner unterstreicht die Zweckmäßigkeit der Berliner Vertretung; diese hält er keineswegs für zu kostspielig.

Abg. Hoffmann (Dem.) ist wie der Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) damit einverstanden, daß die deutschen Anträge zur Staatsreform zurückgestellt werden, bis der Bericht der Sparkommission vorliegt. Was die Reichsreform betrifft, so sollte allerdings im Sinne einer Beschleunigung vom Lande aus eingegriffen werden. Interessant wäre eine Mitteilung darüber, ob nicht die Absicht besteht, innerhalb der Staatsverwaltung Umstellungen vorzunehmen. Eine Vertretung beim Reich halten wir aus wirtschaftlichen Gründen für selbstverständlich. Der politische Aufgabekreis der Gefandtschaft sei hinter den wirtschaftlichen Belangen weit zurückgetreten. Darum lasse sich eine Umgestaltung der jetzigen Form der Gefandtschaft sehr wohl vertreten und durchführen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Weiterberatung nachmittags 1/4 Uhr.

17. Sitzung

Di. Karlsruhe, 24. Jan. 1930.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst eine kurze Anfrage des Abg. Amann (Zent.) wegen der Einziehung der Staatsräte.

Die Regierung hat geantwortet, daß im Gebiete der Reichsbahn aus Ersparnisgründen der vereinfachte Nebenbahnbetrieb durchgeführt werden soll. Zu den in Frage kommenden Nebenbahnstrecken gehört auch die Linie Singen—Küllendorf. Aus der Befragung der Stationsämter mit Agenten würden nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Karlsruhe für die Abwicklung des Verkehrs keinerlei Nachteile erwachsen.

Das Haus setzt darauf die

Staatsberatung

fort. Abg. Bod wiederholt die kommunizistischen Forderungen. Er wendet sich insbesondere gegen die Einrichtung der Staatsräte. Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) erwidert mit einem Protest gegen die demagogische und übertriebene Art und Weise, mit der die Kommunisten gegen die Institution der Staatsräte und das Staatsministerium vorgingen. Alsdann nimmt

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort. Auch er legt Verwahrung dagegen ein, daß die persönlichen Verhältnisse eines Mitgliedes des Staatsministeriums zum Gegenstand von Erörterungen gemacht werden. Das entspreche nicht den guten Gepflogenheiten des Hauses (Zustimmung bei der Mehrheit).

Der Staatspräsident stellt ferner gegenüber dem Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) fest, daß er bei Verantwortung der deutschen nationalen Formlichkeit der Angelegenheit wegen Unterzeichnung des Auftrages gegen das Volksbegehren nie daran gedacht habe, jemand persönlich zu verletzen. Zu einer solchen Annahme fehlten auch die objektiven Grundlagen.

Erfreulich findet der Redner die Übereinstimmung der überwiegenden Mehrheit des Hauses. Daß wir eine tüchtige, dauernde Vertretung des Landes Baden beim Reich haben, müssen. Die Vertretungen bei Preußen und Sachsen seien praktisch und finanziell nicht von Bedeutung. Ziehen die Länder ihre Gesandten bei uns zurück, so werden wir das selbst tun. An der Theaterfrage habe er, der Staatspräsident, persönlich gar kein Interesse. Ein Strich der Position sei aber nicht möglich, ohne den Vertrag mit der Stadt zu kündigen. Wenn der Theaterplatz aus der Aufwandsentschädigung bezahlt werden soll, so muß es paritätisch geschehen, von allen, die Aufwands-gelder erhalten.

Abg. Bauer (D. Vp.) ist in dieser Notzeit grundsätzlich gegen die Gewährung von Freipreisen.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) erklärt, daß nach den Ausführungen des Staatspräsidenten die Ablehnung des Staats durch die Deutschen nur noch aus sachlichen Gründen erfolge.

Es sprechen noch die Abg. Köhler (Kat. Soz.), Seubert (Zent.) und Ewald (Ev. Volksh.).

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten werden sämtlich abgelehnt, desgleichen auch der volksparteiliche Antrag auf Streichung von 4826 M Ausgaben für die Logen im Landesparlament.

Der Voranschlag selbst wird mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen genehmigt. Dafür stimmen 45 Abgeordnete der Regierungsparteien und des Evangelischen Volksdienstes, dagegen 20 Abgeordnete der übrigen Parteien.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr.

Schluß gegen 5 Uhr.

Tagungen

Landesstagung reisender Gewerbetreibender. In Karlsruhe fand am Dienstag eine Landesstagung des Verbandes reisender Gewerbetreibender statt. Eine Reihe des Gewerbe beruhender Fragen wurde durchgesprochen. Die bisherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Als nächster Tagungsort wurde Mannheim bestimmt.

Aus der Landeshauptstadt

Wanderausstellung

Die Stadt, Kunsthalle Mannheim hat im letzten Jahre eine Ausstellung von Arbeiten der Bad. Landesgruppe des Deutschen Werkbundes zusammengestellt, die in Abbildungen badische Architektur und in kunsthandwerklichen Gegenständen heimliches Kunstgewerbe im Sommer 1929 erstmals in Mannheim in erfreulichen Leistungen zeigte. Die Veranstaltung soll vor allem die Arbeiten der Mitglieder der Bad. Landesgruppe des Deutschen Werkbundes durch eine Wanderausstellung in den größeren Städten Wadens bekannt machen und auch bei der Allgemeinheit das Verständnis für neuzeitliche Baukunst und für geschmacklich und sachlich anerkannte Qualitätsergebnisse zu ihrer richtigen Bewertung heben helfen.

Die Zusammenstellung wurde im Dezember und Anfang des neuen Jahres von der Kunstgewerbeschule Pforzheim übernommen, und wird ab 26. Januar bis einschl. 18. Februar zu den üblichen Besuchszeiten in den Ausstellungsräumen der Badischen Landesgewerbehalle Karlsruhe dem allgemeinen Besuch geöffnet sein, wo sie im Einverständnis mit dem Veranstalter örtlich noch durch Architekturen und Arbeiten angewandter Kunst ergänzt und bereichert wurde.

In einer für die Vertreter der Presse gebotenen Vorbefichtigung, zu der das Landesgewerbeamt heute, Samstagvormittag, eingeladen hatte, wurde unter Betonung des Zweckes der Veranstaltung kurz auf den Gedanken und das Ziel des heute fast in der ganzen Welt als geschmacklich führend anerkannten

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H., Kohlen, Koks, Brikett, Holz, Karlsruhe
Kaiserstraße 231
Fernruf 4854-56

Deutschen Werkbundes eingegangen, der durch seine in den einzelnen Ländern gegründeten und noch zu gründenden Landesgruppen die Kräfte der jeweiligen engeren Heimat mit gleichem Arbeitswillen, -fähigen und -auffassung gewissermaßen als Stützpunkte guter Handwerkskultur und sog. angewandter Kunst zusammenfassen will. Das Leitmotiv guter Werkbundarbeit, in Verbindung mit Materialgerechtigkeit, materialgemäß und mit technischer Vollkommenheit zweckgemäß zu schaffen und zu gestalten, ist bei allen Erzeugnissen bemerkbar und war maßgebend für ihre Auswahl.

Todesfall. Im Alter von 79 Jahren ist am Donnerstag nach ganz kurzer Erkrankung Baurat a. D. Eduard Lang, hier, gestorben. Er war im Jahre 1874 in den Dienst der ehemaligen badischen Staatsbahnen eingetreten und fast 30 Jahre hindurch in der Generaldirektion der Staatsbahnen tätig. Im Jahre 1916 trat der Verstorbenen in den Ruhestand.

Das Kriegerdenkmal auf dem Ehrenfriedhof. Der Stadtrat Karlsruhe hat — wie er mitteilt — nach nochmaliger Beratung beschlossen, das Kriegerdenkmal auf dem Ehrenfriedhof nach dem von Bildhauer Hermann Binz gefertigten Gußmodell ausführen zu lassen, nachdem der Künstler erklärt hat, sich für diese Form mit seiner ganzen künstlerischen Persönlichkeit einsetzen zu können und nachdem auch der künstlerische Beirat der Stadt diese Lösung empfiehlt. Der damit zur Ausführung kommende Entwurf des Denkmals stellt einen Jüngling in schreitender Haltung mit zum Himmel erhobenen Händen dar, der auf einem sarkophagähnlichen Unterbau steht und die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine bessere Zukunft als Frucht aus der tausendfältigen Todeslast des Krieges veranschaulicht. Das ganze Denkmal wird 5,50 Meter, die Figur selbst 4 Meter hoch. Die Figur wird in Bronze, der Sockel in Stein ausgeführt. Den Bürgerauschuss wird die Angelegenheit somit nicht mehr beschäftigen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Zu den meistgelesenen älteren Autoren zählt unstreitig Gustav Freytag, der in seinem unvergänglichsten Roman „Soll und Haben“ deutscher Arbeit und Lebenswillen ein schönes Denkmal gesetzt hat. Daß der Film versucht, das zweibändige Werk in anderthalbstündiger Dauer zu kopieren, einige Lücken aufweist, ist nicht zu befechten. Natürlich gibt der Roman Freytags uns bedeutend mehr, als dies der Film kann. Der damalige soziale Kampf zwischen Bürgertum und Adel ist in eindrucksvollen Bildern gezeichnet. Der Film ist sowohl in technischer wie in künstlerischer Beziehung hervorragend zu nennen, um so mehr, als die Rollen in den Händen von klugrollen Namen ruhen, wie Max Christians, Olga Tschodowa, Ernst Deutsch, Bruno Kastner, Theodor Loos, Hans Braunwetter u. a. m. Das Konzerthaus war sehr gut besucht. Ein Beweis dafür, daß auch das Publikum, sobald ein guter Film geboten wird, nicht vergeblich auf sich warten läßt. Andererseits auch ein Zeichen, daß literarische Filme von Qualität bevorzugt werden, gegenüber Sensations- und Effekthascherei.

Beleuchtungssticht bei starkem Nebel. Nach den Verkehrsverordnungen besteht die Pflicht, die Fahrzeuge (Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke, Handwagen, Fahrräder usw.) nicht nur bei Dunkelheit, sondern auch bei starkem Nebel vorschriftsmäßig zu beleuchten. Während die Kraftfahrzeugführer im allgemeinen dieser Vorschrift nachkommen, kann zur Zeit fast täglich beobachtet werden, daß sich die Radfahrer um diese Bestimmungen wenig kümmern. So mußte die Polizei gestern früh allein gegen 90 Radfahrer einsperren, die mit unbeleuchteten Rädern den Straßenverkehr gefährdeten.

Dem Bad. Kunstverein e. V. ist es gelungen, die Ausstellung des in Blattenbergrhe geborenen Frans Masereel nach Karlsruhe zu bringen und in der Zeit vom 25. Januar bis 13. Februar zu zeigen. Die Ausstellung, die sich über wenige Wochen in Mannheim registriertem Besuchs erfreute, war in der Zwischenzeit in Rotterdam. Der Künstler zeigt sich nicht nur von der bekannnten Seite durch seine Holzschnitte, sondern die

Kollektion umfaßt eine ganze Reihe Ölgemälde und Aquarelle. Es darf erwartet werden, daß die Ausstellung auch hier großem Interesse begegnet. (s. Inserat in vorliegender Nummer!).

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Großwetterlage ist noch immer in ganzen unverändert, jedoch brachte die langsame Ostwärtsbewegung der Druckgebilde für unser Gebiet den Umschwung zur zirkonalen Bitterung. Emporgehobene Warmluft rüft heute über Frankreich ein langgestrecktes Regenband hervor, das morgen die nördlichen Teile Badens streifen wird. Ein Neß hohen Druckes über den Alpen bringt dem Süden des Landes Föhn mit Temperaturumkehr in den höchsten Lagen. Auch morgen dürfte Südbaden noch zeitweise unter Föhneinfluß stehen. Wetterausblick: Wolkig bei südwestlicher Luftzufuhr, mild; im Norden streichweise Regen, Südbaden zeitweise Föhn.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 24. Jan. Geheimrat Dr. Otto Schneider feiert heute in körperlicher und geistiger Mäßigkeit seinen 70. Geburtstag. Er wurde in Mannheim als Sohn des Verlagsbuchhändlers und Begründers der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Johannes Schneider geboren, und widmete sich dem Rechtsstudium. Bis 1897 war er als Richter im badischen Staatsdienst tätig. Dann wurde er Direktor der Rheinischen Hypothekendarstellung. Später wurde er Mitglied und hierauf Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Hypothekendarstellung, ein Amt, das er noch heute bekleidet.

Id. Sodenheim, 24. Jan. Bis Freitag nachmittag waren die drei Kinder der Frau Nagel noch nicht gefunden worden. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die drei Knaben ebenfalls den Tod in dem Weiher gefunden haben, wofür ihre Mutter sich das Leben genommen hat. Die Frau litt an einem Herzerleiden. Es ist somit anzunehmen, daß sie in einem Anfall geistiger Unmündigkeit die Tat beging.

D. Sodenheim (Amt Bertheim), 25. Jan. Hauptlehrer a. D. Adolf Gerler und die Ehefrau Sabina geb. Hammerich in Sodenheim, Amt Bertheim, feiern am 27. Januar ihre hundertste Geburtstag. Der Jubilar steht im 89. und die Jubilarin im 87. Lebensjahr. Zwei ihrer Söhne sind katholische Geistliche.

D. Freiburg, 24. Jan. Der verheiratete, 50 Jahre alte Maler Winkert, wohnhaft in Fischenau, wurde gestern unter dem Verdachte des Mordversuches festgenommen. Winkert ist mit einer Kriegserwitte verheiratet, die zwei Kinder mit in die Ehe brachte, um derenwillen es öfters Streit gab. Seit längerer Zeit mißhandelte Winkert, der Friseur war, seine Familie. Am Mittwochabend lockerte er die Plombierung und damit die Zuführung zu den Gasautomaten, so daß genügend Gas in den Raum strömen konnte um seine Familie zu vergiften. Seine Frau bemerkte jedoch sofort den Gasgeruch und rief Hilfe herbei. Die Polizei nahm Winkert, der alles in Abrede stellte, und sich bei seiner Festnahme wie ein Wilder gebärdete, mit einem Messer um sich, fest.

Handel und Wirtschaft

Fortführung der Federhalterfabrik Parker in Dossenheim. Zu den Nachrichten über die Stilllegung der Fabrik wird jetzt mitgeteilt: „Die vorläufige Stilllegung der Parker AG. ist nicht wegen Absatzschwierigkeiten erfolgt. Sie mußte erfolgen, weil die Parker-Gen Company in Jamesville jede Fabrikation in Europa einstellt. Es ist unter dem 22. Januar 1930 eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Parker AG. unter Ausschneiden der amerikanischen Gruppe ihre Fabrikation mit geändertem Namen unter der alten deutschen Leitung fortsetzt. Hierüber wird eine Generalversammlung voraussichtlich Mitte Februar zu beschließen haben.“

Eine einseitige Verfügung gegen Bata. Die tschechische Schuhfirma Bata hatte in Verkaufsantündigungen behauptet, daß ihre Kleinverkaufspreise Fabrikpreise seien und einem aus Backstich und Lackleder bestehenden Schuh als Lederschuß bezeichnet. Der Reichsverband deutscher Schuhhändler hat lt. „Schuh und Leder“ eine einseitige Verfügung erlangt, durch welche der Firma die Wiederholung dieser Behauptung untersagt wird. Das Urteil soll am 29. Januar verkündet werden.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Januar 1930 hat sich in der dritten Januarwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 284,5 Mill. Reichsmark auf 3 852,6 Mill. Reichsmark, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 10,1 Mill. Reichsmark auf 346,0 Mill. Reichsmark vermindert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 4,9 Mill. Reichsmark auf 2 688,3 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 64,5 Proz. in der Vorwoche auf 67,8 Proz., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 64,0 auf 68,0 Proz.

Diskontermäßigung in Österreich und Ungarn. Die österreichische und die ungarische Nationalbank haben ihren Diskontsatz von 7 1/2 Proz. auf 7 Proz. herabgesetzt.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 27. Januar bis 3. Februar 1930
Im Landestheater:
Montag, 27. Jan. 5. Sinfoniekonzert. Solist: Ottomar Voigt (Violine). 20 bis 22 (5 M).
Dienstag, 28. Jan. * E 13. 1001 Nacht. Operette von Strauß. 20 bis gegen 22 1/2 (7 M).
Mittwoch, 29. Jan. Nachmittags: 5. Vorstellung der Schülermiete: Kater Lampe. Komödie von Hofenow. 15 1/2 bis 18 (5 M).
Abends: * G 13. Louise. Musikroman von Charpentier. 19 1/2 bis 22 1/2 (7 M).
Donnerstag, 30. Jan. * D 15 (Donnerstagniete): Die andere Seite. Drama von Scherriff. 19 1/2 bis gegen 22 1/2 (5 M).
Freitag, 31. Jan. * F 14 (Freitagniete): Tot motu Tasso. Von G. E. Th. 20 bis gegen 22 1/2 (5 M).
Samstag, 1. Februar. Außer Miete: Sondervorstellung des Jnkus Zeittheater: Die Dreigroschenoper. Ein Stück mit Musik von Brecht Weill. 19 1/2 bis gegen 23 (7 M).
Sonntag, 2. Februar. * C 14. Die verkaufte Braut. Komische Oper von Smetana. 19 1/2 bis 22 (8 M).
Montag, 3. Februar. Außer Miete: Sondervorstellung des Jnkus „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper. Ein Stück mit Musik von Brecht Weill. 20 bis gegen 23 (7 M).
Kartenabgabe für die Sondervorstellungen nur an der Theaterkassa.

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 26. Januar. * Zum ersten Male: ... Vater sein dagegen sehr. Komödie von Carpenter. 19 1/2 bis gegen 22 (4,10 M).

Auswärtiges Gastspiel:
Montag, 27. Jan. In Landau: Trojauer.
Donnerstag, 30. Jan. In Baden-Baden: Das Glöckchen des Eremiten.

Umtausch für Inhaber von Blochheften Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telephon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fröh Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Telephon 388; und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Telephon 1420; Zigarenhandlung Fr. Brunnet, Kaiserstraße 29, Telephon 4851 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Telephon 503.

Die Gallspach-Methode!

Da die Gründung meines Karlsruher Großbestrahlungsinstituts nach Gallspach-Methode am Montag, dem 13. Januar 1930, stattgefunden hat und Gallspach selbst trotz der dort erzielten Kundenerfolge in weiten Kreisen Deutschlands noch nicht bekannt ist, gebe ich nachstehend hierzu noch einige Erläuterungen:

Die Gallspach-Methode geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß Krankheit sich immer da zeigt, wo der Lebenssaft des Organismus von innen oder außen mit Fremdstoffen belastet wird, sei es durch Ernährungsfehler, Parasiten oder mechanische Einwirkungen. Der Ausgang ist abhängig von der Kraft, der Lebenskraft, die der Organismus entgegenzusetzen vermag. Und diese Kraft, diese lebensnotwendige Abwehrkraft steigert die in Gallspach zur Anwendung gelangende Hellmethode.

So behandelt, besserte und heilte man im Schlosse zu Gallspach, um nur einige Hinweise bezüglich des Anwendungsbereiches zu geben: Neurasthenie, Herzneurose, Arteriosklerose, Peripneumonie, Schlaflosigkeit, Rheuma, Lähmungen, Gefäßverengungen, Magen- und Darmstörungen, Zucker-, Leber-, Gallen-, Nieren- und Blasenleiden, Gicht, Gichtschüben, Gefäßkrankheiten, Blutaerm, Schwächen der Wechseljahre, Stoffwechsellörungen, Migräne, Erkrankungen der peripheren Nerven (Neuralgien), z. B. Ischias, Arm- und Schulterneuralgien, Gelenkerkrankungen, Gicht, Rheuma, Gelenkschübe, Erysipelas, Radikitis, Neuritis der Bronchien, des Halses, der Blase, Grippe und ihre Folgen, vorzeitiges Altern, besonders auch angezeigt zur Erholung nach Krankheiten und Operationen.

Wunden ward in Gallspach das Licht wiedergegeben. Lähme konnten wieder gehen. In geschnittenen Arbeit werden täglich 1500—3000 Patienten behandelt. Immer hundert auf einmal werden wechselweise hineingelassen, hundert Männer, hundert Frauen. Halbwegs betreten sie den Behandlungsraum, der Komplexionat neben dem Arbeiter, der Gelehrte neben dem Bauern. Dort sind sie alle nur Menschen, und zwar leidende Menschen, denen geholfen werden soll durch die wunderbare Wirkung der Kombination von Hochfrequenzströmen, Radium, Seltium- und Röntgenbestrahlung. Ein Gebiet, auf dem von der Wissenschaft noch viel zu erforschen ist und welches noch unendliche Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt. Es ist anzuerkennen, wie von Jahr zu Jahr mehr und mehr die Strahlentherapie Eingang gefunden hat in die Ambulatorien der Ärzte und eine Umstellung der medizinischen Behandlungsmethoden herbeigeführt hat, die in dem Bestreben gipfelt magde: „Weniger Arznei, mehr Elektrizität.“

Auf Grund meiner Großbestrahlungsanlagen bin ich in der Lage, eine Bestrahlung für 3 RM. — mit Radium — Hochfrequenz — auszuführen, um auch jedem armen Kranken die Möglichkeit zur Heilung zu bieten.

Ich eröffnere am Montag, dem 13. Januar in Karlsruhe, Kriegsstr. 84, 1. St. unter ärztlicher Leitung mein Naturheil-Großbestrahlungsinstitut nach Gallspach-Methode. Sprechstunden: Alle 14 Tage, jeweils Montags von 9—4 Uhr, nächstmals am Montag, dem 27. Januar.

Naturheil - Großbestrahlungsinstitut
Telefon 343 Rottweil a. N. Telefon 343

Bad. Kunstverein E. V.

Waldstraße 3
25. Januar bis 13. Februar:

Frans MASEREEL
Ölgemälde, Aquarelle, Tuschzeichnungen und Holzschnitte.

Ferner Kollektionen von:
Prof. Anton KLING-Karlsruhe: Aquarelle
Wilh. MARTIN-Karlsruhe: Ölgemälde
Aug. KUTTERER-Karlsruhe: Ölgemälde
Josefine SCHALLER-Karlsruhe: Ölgemälde

Geöffnet: Sonntags 11—1 u. 2—4 Uhr
Werktags 10—1 u. 2—4 Uhr
Eintritt für Nichtmitglieder: 50 Rpf.

Den JAHRESBEITRAG für 1930 bitten wir mit 8 RM oder 6 RM bei Verzicht auf Verlosung und Vereinsblatt im Januar an unserer Kasse oder auf eines der nachgen. Konten einzuzahlen.
Postcheckkonto: Khe. 26955; Bankkonto: Deutsche Bank und Disco-Gesellsch. Fil. Khe.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Sondervorstellung
im Rahmen des Zyklus „Zeittheater“

Die Dreigroschenoper

von Brecht-Weill
Samstag, 1. Februar, Montag, 3. Februar 1930
20 Uhr bis 22 1/4 Uhr
Freise von 1,00—7,00 RM.
Anträge auf Platzzuteilung an die Kasse des Landestheaters Karlsruhe.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“



Badisches Landestheater

Montag, den 27. Januar 1930

5. Volks-Sinfoniekonzert
Leitung: Josef Strips. Solist: Ottomar Voigt (Violine)
Haydn: Sinfonie Es-Dur „Der Schulmeister“ — Lalo: Sinfonie espagnole — Brahms II. Sinfonie B-Dur
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrpreis 5 RM

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 Uhr u. 8 Uhr

Glauer's Royal Midget's - Theater

Die kleinsten Menschen der Welt

Außerdem das große Variétéprogramm von Weltruf

Im Städt. Konzerthaus

* Sonntag, 26. Jan. 1930
Zum erstenmal

... Vater sein dagegen sehr

Komödie von Carpenter

Regie: Herz

Mitwirkende:
Genter, Rademacher, Ziegler, Gebeisen, Jan, Seiling, Brand, Dahlen, Graf, Göder, Mehner, Schneider, Schulze
Anfang 19 1/2 Ende geg. 22
I. Parlett 4,10 RM

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungserleichterung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:



Rolladen

gut, schnell, billig

Karlsruher Jalousie- und Rolladen-Fabrik G.m.b.H.

Parkett

Steinholz, Estriche, Kerakolith

H. Echle, Parkett G.m.b.H. Karlsruhe i. B. 318

Durlacher Allee 59 Tel. 2328 u. 1227



A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe Ettlingen i. B. Gegründet 1890

FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:

Granit, Quarzit und Sandstein

Groß- und Klein-Pflastersteine Randsteine und Leistensteine Stücksteine und Schotter 829



Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel



Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern zu Kauf und Miete

Wilhelm Messmer, Villingen

Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131 Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Hermann Allmendinger

vorm. G. & H. Allmendinger

Gips- und Stukkaturgeschäft

Karlsruhe Melanchthonstraße 2 Telephone 550

Filiale Mannheim U. 4 22 Telephone 23627

Ausführung erstklassiger Stuck- u. Putzarbeiten

Spezialität: K-Steinputzarbeiten 390

Gebrüder Lay * Konstanz

Bedachungs-, Asphalt- und Teerprodukten-Spezialgeschäft

Neuzeitliche Straßenteerungen • Isolierungen, Asphaltbeläge und Steinholzfußböden 688

Wasserversorgung:

Brunnenbau — Schacht- u. Filterbrunnen Tiefbohrungen — Grundwasserabsenkung Pfahlgründungen — Sprudel- u. Mineralbohrungen 787

Johannes Brechtel Ludwigshafen a. Rh.

Tiefbrunnenanlagen gegr. 1883

Vertreter: Ziv.-Ing. Hugo Kruppl, Karlsruhe, Nowackanlage 7

Pumpen

jeder Art für alle Verwendungszwecke Wasserversorgungen

Drehschieberhähnen eigenen bewährten Systems

W. Lederle, Masch.-Fabrik Freiburg i. Br. gegr. 1866

186 Vertr.: Ziv.-Ing. Hugo Kruppl, Khe, Nowackanlage 7

Plandruck G.m.b.H.

Karlsruhe i. B. Georg-Friedrich-Straße 3 Telephone 6249

Zinkbelichtungen für Flach- u. Offsetdruck * Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung * Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art * Anfertigen von technischen Werken Moderne Geschäftsreklame

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger



M.A.N.
MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG
LASTWAGEN
OMNIBUSSE

Nicht viele — nur drei Worte:
Musterhaft Ausdauernd Nutzbringend

M.A.N. Lastwagenbüro Mannheim
Kaiserring 42/44 • F. 41560
Zweigbüro, Werkstatt und Ersatzteillager
Neustadt-Hdt., Landauer Straße 50
Fernruf 3009

Ortsverband der Konferenzen des Frauenvincentiusvereins Karlsruhe

Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der Armen

in sämtl. Räumen der Festhalle am 4., 5., 6. Febr. 1930
jeweils nachmittags 3 Uhr beginnend

MIT DER RAKETE NACH DEM MOND

Künstlerische Darbietungen / Glückshafen / Verlosung
Tanz / Bewirtung in den Sälen und im Biertunnel

Eintritt 50 Rpf.

Ostpreußenschau und Auktion in Berlin

2. bis 5. Februar

Zeitfolge:
4. Februar, 12 Uhr: Vorführung und Prämierung. 16 Uhr: Vorreiten im Rahmen des Turnierprogramms in der Turnierhalle am Kaiserdamm
5. Februar, 10 Uhr: Auktion im Tattersall des Westens

Ostpr. Stutbuchgesellschaft für Warmblut
Trakehner Abstammung a. V., Königsberg Pr.

Durlach. D.74
Güterrechtsregister. Eingetragen am 18. Januar 1930. Gummel, Friedrich Billy, Kaufmann in Durlach, u. Martha geb. Witt. Vertrag vom 30. Dezember 1929: Errichtungsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 2 des Vertrags genannte Vermögen sowie alles, was sie künftig durch Erbschaft, Schenkung oder als Pflichtteil erwirbt. Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Sonntag, 26. Januar 1930

Nachmittags:

3. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Die andere Seite

Drama von Scherriff
Deutsch von Reiffiger
Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Dahlen, Gemmeke, Graf, Dietl, Just, Kloebe, Müller, Brüder, Schulze, v.d. Trens, S. Kienischer, Luther.

Anfang 15 Ende geg. 18
I. Rang und I. Speerfisch 3 Rk.

Abends:

* A 13. Th.-Gem. I. S.-St.

Figaros Hochzeit

Komische Oper von Mozart

Dirigent: Schwarz

Regie: Rußenbecher

Mitwirkende:

Plant, Franz, Fischbach, Grünwald-Siefert, Seiberlich, Winter, Burgeff, Borodin, Kainbach, Laufflotter, Löfer, Derner, Schuster

Anfang 19^{1/2} Ende 22^{1/2}
Preise D (1-8 Rk)

Dienstag, 28. Januar:
1001 Nacht.

Offenburg. D.77
Güterrechtsregister. Eintrag Bd. 2 S. 376: Paul Friedrich Broß, Landwirt in Windschlag und dessen Ehefrau Walburga geb. Jogerst ebenda. Durch Vertrag vom 27. Mai 1929 wurde, unt. Aufhebung der durch Ehevertrag d. 25. 4. 1902 vereinbarten allgem.

Gütergemeinschaft, als eheliches Güterrecht die Errichtungsgemeinschaft gemäß §§ 1519 ff. BGB vereinbart. Das jeweilige Vorbehaltsgut der beiden Ehegatten ist in dem genannten Vertrag verzeichnet.
Offenburg, 17. 1. 1930.
Vob. Amtsgericht II.

Freihändiger
Kuhholzverkauf.
Staatl. Forstamt Heidelberg, Freitag, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr: 720 fm Nadelstammholz, darunter 300 fm Mastenholz, 60 fm Behmuthstammabschnitte.
Losverzeichnisse durch das Forstamt.
D.81

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Druck G. Braun, Karlsruhe